

Empfehlungen zur EEG Reform und die Nachhaltigkeit der Energiewende

Förderung von Innovation, soziale Gerechtigkeit und Wirtschaftswachstum

EEG-Novellierungsrat

Economic Forum Deutschland gem. e.V.

Teil des ThinkTank Erneuerbare Energien und Umwelt

23.05.2014

Zusammenfassung/Executive Summary

Der 2014 EEG-Gesetzesentwurf führt zu einer Verfehlung der gesetzten quantitativen und qualitativen Ziele der Energiewende. Die Energiewende ist so nicht umsetzbar.

Daher ist der gegenwärtige EEG-Gesetzesentwurf *nicht* akzeptabel.

“Deutschland soll weiterhin ein internationaler Wegbereiter, Technologie- sowie Kostenführer für die internationalen erneuerbaren Energiemärkte bleiben.“

Würde das EEG 2014 in der aktuellen Vorlage verabschiedet, würde Deutschland sich von seiner Rolle als internationaler Wegbereiter, Technologie- sowie Kostenführer für die internationalen Energiemärkte weitestgehend verabschieden. Des Weiteren wird mittelfristig die Belastung für die Privathaushalte steigen, so dass die soziale Ungerechtigkeit weiter verstärkt würde.

Unser EEG-Novellierungsrat des Economic Forum Deutschland gem. e.V. (Teil des ThinkTanks Erneuerbare Energien und Umwelt) empfiehlt daher die Maßnahmen 1-7:

1. Sozial gerechte Energiewende

Durch die nachstehend empfohlenen Lösungen können die Ziele erreicht und die Belastung für die Privathaushalte aus der EEG-Umlage halbiert werden.

2. Einspeise-Tarife anheben und damit in- und ausländisches Kapital für erneuerbare Energieprojekte gewinnen

Um die Zubau-Raten von erneuerbaren Energien auf das erforderliche Niveau zu heben, müssen die Investitionsanreize wieder verbessert werden. Das erfolgreiche deutsche Einspeise-Tarifmodell muss fortgesetzt und sogar verstärkt werden, um Privatkapitalmärkte zu ermutigen, in deutsche erneuerbare Energieprojekte wieder verstärkt zu investieren. Nur mit Privat- und Industriekapital aus In- und Ausland kann die Energiewende kosteneffektiv umgesetzt werden.

3. Entkopplung von Strombörse

Die Entkopplung der EEG-Wälzung vom Börsenstrompreis und Fixierung auf das Strompreisniveau von 2004, sollte Kern der EEG-Reform sein.

4. Energie selbst generieren/speichern

Unternehmen müssen einen Anreiz zur Generierung und Speicherung ihrer eigenen Energie erhalten, wenn sie in erneuerbare Energieanlagen investieren. Die EEG-Umlage für Eigenverbrauch ist ersatzlos zu streichen. Die Umsatzsteuer für Bezug von Energie aus erneuerbare Energien soll 19% auf 7% ermäßigt werden.

5. Die Rentabilität von Gaskraftwerken in Reserve und Verteuerung CO₂-Zertifikate

Ausgewogene Vergütung für Gaskraftwerke in Reservebetrieb bei gleichzeitig massiver Reduzierung der CO₂-Zertifikate balanciert Kraftwerksparks aus und unterstützt den Übergang zur Zielerreichung der Energiewende.

6. Vernünftiger Ausbau von Stromtrassen orientiert am Bedarf, nicht am Angebot

Verstärkte Einbindung in den europäischen Energieverbund, regional am Bedarf orientierter EE-Zubau und Ausbau von Speichersystemen reduzieren massiv die Notwendigkeit zum Ausbaubedarf von Stromautobahnen.

7. Industrie-Subventionen müssen mittelfristig auf null heruntergefahren werden

Die energieintensive Industrie profitiert im internationalen Vergleich bereits durch Vergünstigungen im Strombezug durch das EEG. Die Industrierabatte sind, auch vor dem Hintergrund der in diesem Papier angeregten Lösungen, daher nicht notwendig und haben eine volkswirtschaftlich destruktive Lenkungswirkung.

* * * * *

Ziele Energiewende

- a. Sichere und stabile Stromversorgung an 365 Tagen im Jahr**
- b. Wettbewerbsfähige Industriestrompreise und Entlastung Privathaushalte**
- c. Klimafreundliche Stromversorgung ohne Emissionen**
- d. Stromerzeugung im eigenen Land für Verbesserung der Leistungsbilanz und Reduzierung politischer Abhängigkeiten**

* * * * *

1. Hintergründe und einige Fakten zu Deutschlands Energiesystem

- a. Das deutsche Energieversorgungssystem gilt als eines der sichersten und stabilsten der Welt. Die Ausfallrate lag 2011 bei gerade einmal 15,31 Minuten pro Jahr. Damit liegt Deutschland vor den übrigen Flächenländern, die wie Spanien und Portugal teilweise über 100 Minuten Ausfall akzeptieren müssen. In Großbritannien lag dieser Wert bei knapp 90 Minuten, was dem fünffachen Wert von Deutschland entspricht. (Quelle: Bundesnetzagentur (BNetzA)).

So wesentlich wie geringe Ausfallraten sind, so wichtig ist auch die Stabilität im Netz (Spannungsstabilität, Stabilität der Netzfrequenz u.w.). Auch hier gilt das deutsche Energiesystem als weltweit führend und modern.

Die Stromerzeugungskapazitäten sind in Deutschland mehr als ausreichend. Der stetige Ausbau des Anteils erneuerbarer Energien (EE) muss mit flexiblen Grundlastkraftwerken auf Basis Gas verzahnt werden und die Integration mit den innereuropäischen Netzen gesteigert werden. Deutschland hatte im Jahr 2013 eine Bruttostromerzeugung von 629 Mrd. kWh. Davon wurde durch EE-Anlagen 23,4% erzeugt. Mit einem positivem Saldo von 33,1 Mrd. kWh wurde trotz des

Atomausstieg so viel Strom exportiert, wie noch nie. (Quelle: BDEW Stand 12/2013).

- b. Im Preisvergleich muss zwischen privaten und gewerblichen Abnehmern unterschieden werden. Dabei gibt es unterschiedliche Tarife mit festen Sätzen als Monatsgebühren oder für Vorhaltungen bestimmter Leistungen.

Die für die Industrie maßgeblichen Börsenstrompreise liegen in Deutschland im Mittel der Jahre 2008 bis 2012 mit 4,9 Ct/kWh unter dem europäischen Mittelwert von rund 5,3 Ct/kWh (Quelle: EEX, IPEX, APX). Nach einer Studie des Forum ökologisch-soziale Marktwirtschaft (FÖS) hat sich die Wettbewerbssituation für große und energieintensive Industriekunden seit 2007 sogar verbessert. Der Stromeinkaufspreis hat sich von 1/2008 bis 10/2012 um 22 % verringert.

Auch der durchschnittliche Industriestrompreis inkl. Steuern und Abgaben hat sich in Deutschland seit 2007 nur um 1,1 Ct/kWh erhöht und stieg damit langsamer als die Inflationsrate und als in nahezu allen anderen europäischen Ländern. Bei einigen stromintensiven Industriekunden bspw. bei Roheisen- und Stahlerzeugung ist der Strompreis gegenüber 2009 sogar um 2 Ct/kWh auf im Schnitt 5,5 Ct/kWh gesunken. (Quelle: FÖS; 1/2013). Ursächlich für den Preisrückgang ist der Zubau durch EE-Anlagen auf inzwischen rund 80 GW. Damit profitiert die Industrie von der Energiewende. Vor diesem Hintergrund ist eine so umfassende Befreiung weiter Teile der Industrie nicht notwendig.

Bei den Privathaushalten gab es in den Jahren 2003 bis 2013 einen Anstieg der durchschnittlichen Strompreise von 67 % (Quelle: BDEW). Diese weit über der Inflationsrate liegende Strompreiserhöhung strapaziert die Akzeptanz der Privathaushalte erheblich. Die EEG-Umlage für die Privathaushalte stieg auf 6,24 Ct/kWh, was rund 23 % des durchschnittlichen Strompreises ausmacht. Interessant dabei ist, dass aus dem Anstieg auf den neuen Rekordwert innerhalb von Jahresfrist die reinen Förderkosten für EE-Anlagen nur 15 % ausmachen. Der Rückgang der Börsenstrompreise macht 36 %, das Industrieprivileg 33 %, die Erhöhung der Liquiditätsreserve 14 % und die Marktprämie 2 % aus (Quelle: BEE, Statista). Gegenüber einer Basis von 6,5 Ct/kWh in 2004 ist allein die Kopplung der EEG-Wälzungssumme am Börsenstrompreis rund für die Hälfte der EEG-Umlage für die Privathaushalte verantwortlich.

- c. Der Klimawandel schreitet voran. Deutschland muss die selbst gesetzten Emissions-Reduktionsziele erreichen oder gar übertreffen, um seiner Verantwortung gerecht und auf internationaler Bühne glaubwürdig zu bleiben. Diese Ziele sind nur über einen forcierten Umbau in Stromerzeugung und der Wärmebereitstellung hin zu EE

erreichbar. Kurz- und mittelfristig sind daher die Zubauraten und damit die Investitionsanreize in EE wieder deutlich zu steigern.

Die Stromerzeugung ist mit einem Anteil von 21 % am deutschen Energieverbrauch beteiligt (Quelle: TU Darmstadt). Daher sind auch die Mobilität und die Wärmeerzeugung in die Gesetzgebung einzubeziehen. Die zukunftsträchtige Elektromobilität ist eng mit der Stromversorgungssystemen zu verzahnen und bietet den Energieversorgern neue und lukrative Geschäftsoptionen.

Eine klimafreundliche Stromerzeugung auch unter Maßgabe neuer Absatzmärkte aus dem Wandel hin zur Elektromobilität kann nur durch EE erreicht werden. Bereits heute werden durch die Energieerzeugung durch EE in Deutschland rund 200 Mio. Tonnen CO₂ pro Jahr eingespart. Bis 2020 soll dieser Wert auf rund 360 Mio. Tonnen steigen. Die aktuelle Gesetzeslage bietet zur Erreichung dieses Ziels aber nicht die ausreichenden Anreize. Aktuell verzeichnet Deutschland wieder einen Anstieg der CO₂-Emissionen. Dies resultiert vornehmlich aus dem Hochfahren von abgeschriebenen Braunkohlekraftwerken. Dies ist nur möglich, da die CO₂-Zertifikate zu Ende letzten Jahres bei unter 4 Euro/to. CO₂ lag. Der aktuelle Wert liegt bei 7,19, was immer noch knapp 80% unter der Zielmarke von 30 Euro/to. liegt. Die Bundesregierung sollte sich daher in Brüssel verstärkt dafür einsetzen, dass eine nachhaltige und massive Verknappung der Zertifikate umgesetzt wird. (Quelle: EU-Parlament, ICE London).

Neben dem klimaschädlichen CO₂ ist die Verbrennung fossiler Kraftstoffe in Verkehr und Energieerzeugung verantwortlich für Folgeschäden an Gesundheit, Natur, Gebäuden und Wasser, welcher nach Meinung der Enquete Kommission des Deutschen Bundestags bereits den Wert von jährlich 10 Mrd. Euro übersteigt. Durch einen umfassenden Umstieg auf eine Stromerzeugung rein auf EE-Basis werden substantielle Kosten eingespart und die Lebensqualität in Deutschland deutlich und nachhaltig gesteigert.

- d. Mit der heutigen Technik ist es möglich, die Energie lokal zu erzeugen, anstatt für hohe Leistungsbilanzabflüsse im dreistelligen Mrd.-Bereich Energie in Regionen mit instabilen und/oder totalitären Regimen einzukaufen. Allein Deutschland gibt im Jahr 183 Mrd. Euro für Energieimporte aus (Quelle: BAFA).

Sollten die Prognosen der Experten eingehalten werden und im Jahr 2020 die EE die prognostizierten 278 Mrd. kWh zur Stromerzeugung beitragen, so würden Energieimporte von 22,6 Mrd. Euro jährlich eingespart werden. Die EEG-Differenzkosten auf heutiger Gesetzesbasis liegen in 2020 nur noch bei 2,4 Mrd. und betragen damit gerade einmal noch knapp 10% des volkswirtschaftlichen Nutzens

aus der EEG-Förderung (Quelle: BSW). Eine Reduktion von ölbasierten Kraftstoffen durch den forcierten Umstieg zur Elektromobilität ist hierin noch nicht berücksichtigt.

- e. Durch die Vernetzung im europäischen Energieverbund ist eine europäische Vollversorgung durch EE ohne Finanzabflüsse und zu niedrigeren Energiekosten bereits heute möglich. Eine Abhängigkeit von politisch unsicheren Staaten wäre nicht mehr gegeben.
- f. Die verteilte Erzeugung von Energie in den Unternehmen baut die Überlastung von Stromtrassen ab und reduziert den Kapitalbedarf für deren Erweiterung und künftige Verbesserungen sowie Wartung.

2. Herausforderungen

- a. Die Bundesregierung hat durch Förderreduzierungen und verschiedene Gesetzgebungen der vitalen deutschen Industrie im Bereich der EE systematisch die Geschäftsgrundlage entzogen. Über 100.000 Arbeitsplätze gingen damit verlustig. Die deutsche Solar-, Bioenergie- und Windindustrie gilt weltweit nur noch als bedingt wettbewerbsfähig. Weltweit steigen die Installationszahlen für EE-Anlagen stärker als prognostiziert, die die Prognosen übersteigen. Die deutsche Industrie muss in diesem Wachstumsfeld wieder eine führende Position einnehmen.
- b. Die öffentliche Wahrnehmung hat das aktuelle Strompreisthema auf die EEG-Anteile und die Industrierabatte verkürzt. Eine Diskussion zu Ursachen und zur nachhaltigen Entwicklung findet nur am Rande statt. Das EEG muss so aktualisiert werden, dass alle Kernziele der Energiewende gleichermaßen adressiert werden. Es geht dabei um die Korrektur von generellen Bausteinen des EEG, wie bspw. der Kopplung an den Börsenpreis. Dies ist ein komplexer Vorgang, dem sich die Politik aber keinesfalls entziehen darf.
- c- Das EEG ist so erfolgreich, weil es privates Kapital mobilisiert. Verlässliche Renditen über dem Niveau von Bundesanleihen bei gleichzeitig kalkulierbarem Risiko führten zu den notwendigen Investitionen. Rückwirkend betrachtet hat sich international gezeigt, dass Konzepte mit Zuschüssen aus dem Staatshaushalt oder Quotensysteme bei Weitem die Zubauziele verfehlten und die Gestehungskosten sich teurer entwickelten als durch Förderung im EEG.

Der Staatshaushalt nimmt durch das EEG jährlich Mrd.-Euro an zusätzlichen Steuern ein und erfreut sich an einem verbesserten Leistungsbilanzsaldo. Das EEG entlastet

somit den Staat, fördert die Energiewende durch Mobilisierung von privatem Kapital und führt zu überproportionalen Kostensenkungen in den jeweiligen EE-Techniken. So bspw. in England, wo nach einem Scheitern des Quotenmodells ein EEG eingeführt wurde und damit aktuell große Erfolge gefeiert werden.

- d- Der private Haushalt wird überproportional belastet. Dies vornehmlich aus zwei Gründen. Zum einen liegt ein Geburtsfehler des EEG in der Kopplung der Wälzungssumme („Differenzkosten“) am Börsenstrompreis. Alle Studien gingen von einem steigenden Energiepreis an der Strombörse aus.

Nach Abzug der Kosten für Stromerzeugung, der Netznutzung und der EE-Umlage sowie auch der Konzessionsabgabe, die kommunale Einnahmequellen sind, betragen die staatlichen Einnahmequellen am Strompreis wie Öko- und Stromsteuer sowie Mehrwertsteuer ca. 20 Prozent der Stromkosten, also ca. 6 Cent / kWh zusätzlich von ca. 6 Cent / kWh für die EEG-Umlage von Verbrauchern zu Erzeugern.

Das heißt eine Veränderung des Modus der Differenzkostenwälzung in Abhängigkeit vom Börsenpreis zu einer festen Vergütung sowie eine staatliche Unterstützung erneuerbarer Energien durch Nutzung eines Spielraumes von 1 bis 2 Cent zur Senkung von Öko-, Strom- oder Mehrwertsteuer auf durch erneuerbare Energieanlagen erzeugten Strom kann die Bevölkerung kurzfristig entlasten.

- e. In der Studie von 2012 für das Bundesumweltministerium beziffern die zwölf im Forschungsverbund Erneuerbare Energien (FVEE) organisierten Forschungsinstitute die Einsparung der Energiewende gegenüber einer Weiterführung der fossilen Energieversorgung auf 570 Mrd. Euro bis zum Jahr 2050.

Durch weiteres Ausbremsen der Energiewende wird der Verbraucher die Last zum größten Teil schultern müssen. Es muss daher bei der EEG-Reform der nachhaltige volkswirtschaftliche Effekt der Energiewende im Fokus bleiben.

Gemäß der Daten des DIW, IZES, IÖW und ISI lag der Nutzen der Stromerzeugung aus EE bereits im Jahr 2011 über den Kosten. Die Kosten in Höhe von 13,8 Mrd. Euro (Differenzkosten 13,5 Mrd., Ausgleichs- und Regelenergiekosten 0,16 Mrd. und Netzausbaukosten 0,13 Mrd.) wurden durch die positiven Effekte von 21,2 Mrd. Euro deutlich überkompensiert (vermiedene Umweltschäden 8 Mrd., kommunale Wertschöpfung 7,5 Mrd., Merit-Order-Effekt 2,8 Mrd. und vermiedene Energieimporte 2,9 Mrd.).

Eine Argumentation von nachhaltig höheren Kosten durch die Energiewende für Privathaushalte und Volkswirtschaft ist somit in mehrfacher Hinsicht schlicht falsch.

3. Lösungsansätze

a. Entkopplung der Strombörse

Die Neujustierung der Basis für die Differenzkosten sollte auf das Niveau von 2004 (Start EEG-Novelle) bei ca. 6,5 Cent/kWh fixiert werden. Durch Abkopplung vom Börsenstrompreis müssten die Stromverbraucher nur noch die wahren Differenzmehrkosten der EE zahlen, was in 2013 ca. 2,6 Cent/kWh bedeuten würde, anstatt 6,3 Cent! Dies allein würde die Stromrechnung um 15% senken.

b. Energieeinspeise-Tarife anheben

Der Novellierungsentwurf von Wirtschaftsminister Gabriel von 2014 drängt Privat- und Industrie-Kapital aus In- und Ausland aus dem Energiewende-Prozess heraus. Das macht die Energiewende für den deutschen Steuerzahler und für Deutschland sehr viel teurer.

Die Vergütungssätze des EEG sollten dahingehend angepasst werden, dass privates Kapital in ausreichender Menge mobilisiert wird, um die Zielkorridore für Photovoltaik und Wind zu erreichen. Der für die Photovoltaik vorgegebene Korridor von 2.500 bis 3.500 MWp p.a. wird in 2014 wohl substantiell unterschritten.. Die Energiewende ist damit deutlich gebremst worden. Steuerzahler werden entlastet, indem Industrie- und Privatkapital aus In- und Ausland investiert werden, um Deutschlands Infrastruktur zu verbessern und Klimaziele zu erreichen.

Herrn Wirtschaftsminister Gabriels Ziel der Abschaffung der Einspeise-Tarife zugunsten einer Ausschreibung ab 2017 ist die falsche Maßnahme und für die erfolgreiche Umsetzung der Energiewende kontraproduktiv.

Vielfältige Investitionen werden dadurch ausgebremst, da das Risiko, ein Projekt zu entwickeln und dann in der Ausschreibung nicht zum Zuge zu kommen, nur durch wenige Unternehmen getragen werden kann.

Damit wird unternehmerisches Engagement und die Aktivierung vielfältigen privaten Kapitals wieder ausgehöhlt. Dies ist aktuell nicht der Fall. Die Zubau-Raten brechen in sich zusammen, die Energiewende ist dann in Gefahr.

Das Verfehlen der Ausbauziele durch einen solchen Mechanismus zeigt sich heute schon in den Niederlanden.

c. Zubaukorridor Photovoltaik erhöhen

Die von der Bundesregierung für die Photovoltaik gesetzte Zubau-Korridor ist kein Ergebnis einer analytisch begründeten Herleitung, sondern beliebig gesetzt. Um die

Ziele der Energiewende zu erreichen, muss der Zubau-Korridor für die Photovoltaik auf 6.000 bis 7.500 MWp hochgesetzt werde. Die Jahre 2010 bis 2012 haben gezeigt, dass diese Volumina markt- und stromseitig unproblematisch umgesetzt werden können.

d. Vernünftiger Ausbau von Stromtrassen

Eine Lenkungswirkung im Zubau von Stromtrassen soll über regionale Zuteilungen erreicht werden. Die Energie sollte möglichst dort erzeugt, dort wo sie benötigt wird. Baden-Württemberg will aktiv die Windenergie ausbauen, was sinnvoller ist, als in manchem Nordland, wo eine Vollversorgung bereits erreicht wurde. Dies entlastet die Stromtrassen und verringert Verluste, was zu volkswirtschaftlichem Mehrwert führt. Wenn BaWü bspw. jährlich 1,5 GW Windleistung zubauen soll, ist das Vergütungssystem so zu justieren, dass Investoren verlässlich mit attraktiven Renditen investieren können. Die Ziele werden damit sicher erreicht. Die Gesetzesvorlage existiert und ist ohne große Probleme im EEG verankerbar.

e. Gaswerkbetriebe wirtschaftlich machen

Für den Übergang sind Reservekraftwerke auf der Basis von Gas notwendig. Der Betrieb rentiert sich auf dem aktuellen Preisniveau der Strombörse nicht. Es sollte daher für diese Kraftwerke ein Fonds eingerichtet werden, aus dem an die Betreiber für die Bereitstellung und den Betrieb jeweilige Aufschläge gezahlt werden. Der Fonds wird gespeist aus einer Umlage vergleichbar dem EEG oder der Netzumlage.

f. Sozial gerechte Energiewende

Die Industrierabatte sollten so zurückgeführt werden, dass im Saldo ein Ausgleich der in den vergangenen Jahren erzielten Wettbewerbsverbesserung im internationalen Vergleich durch die gesunkenen Strompreise erreicht wird. Es soll gesetzlich zugesichert werden, dass die gesunkenen Strompreise an die Konsumenten weitergegeben werden.

g. Förderung: Elektromobilität und Energiespeicherung

Die Steuerung und Vernetzung der flexiblen EE-Anlagen mit den Verbrauchern, dezentralen Speichern und der Elektromobilität lassen nicht nur neue Unternehmen entstehen, sie werden ein stabiles Energieversorgungssystem begleiten, an dem die EVUs durch Zunahme der Stromabnahme und Leistungssteuerung wieder profitable Geschäftsmodelle ausrichten werden. Genau hier sollte die Forschungsförderung der Bundesregierung verstärkt ansetzen und die Kaufanreize für die Elektromobilität massiv erweitert werden.

h. Abbau von EEG-Kosten für eigen generierte Energie

Eine Verpflichtung zur Leistung von EEG-Kosten für den Eigenverbrauch ist ersatzlos

zu streichen. Sie reduziert den Anreiz, in EE zu investieren und führt im Ergebnis nur unter der Wahrnehmungsgrenze entlastend auf den Strompreis. Sie erhöht die bürokratische Komplexität, was wiederum zu Mehrkosten führt und abschreckend wirkt. Daher ist sie komplett zu streichen.

i. Energie selbst generieren und speichern

Unternehmen müssen stimuliert werden, ihre eigene Energie mit erneuerbaren Energieanlagen zu erzeugen und zu speichern. Durch Steuererlass bei Investitionen in erneuerbare Energieanlagen und Speichersysteme entlastet man das Stromnetz und fördert dezentrale Energieerzeugung und –Speicherung. Neue Energieanlagen können auch von Drittbetreibern bei den Inhaberunternehmen betrieben werden. So fördert man einen neuen Industriezweig und die ergänzende Dienstleistungsbranche.

j. CO₂-Zertifikat-Handel antreiben

Durch massive Reduktion von Verschmutzungsrechten für Kraftwerksbetreiber werden diese substantiell verteuert. Investitionen in EE werden dadurch wettbewerbsfähiger und die notwendigen Differenzkosten werden sinken bzw. innerhalb der kommenden 7 Jahre sogar ins Plus drehen können. Es darf nicht passieren, dass verschmutzungsintensive und abgeschriebene Kohlekraftwerke die CO₂-Bilanz in Deutschland ins Negative verkehren. Dies lässt sich durch gezielte Verteuerung der Verschmutzungsrechte leicht und konsensual abstellen.

Fazit:

Mit wenigen gezielten Anpassungen lassen sich

- die Stromkosten für den Privatanutzer senken
- volkswirtschaftliche Vorteile generieren
- die Klimabilanz deutlich verbessern
- eine nachhaltige und sichere Energieversorgung ohne politische Abhängigkeiten schaffen
- die EE-Industrie wieder aufleben und Arbeitsplätze schaffen

und damit die Kernziele der Energiewende erfüllen. Die Vollversorgung durch eine Stromversorgung führt zur Steigerung der Lebensqualität auf Basis EE und Prosperität ohne Abhängigkeiten in einer gesunden Natur.

Der durch fehlgeleitete Gesetzgebungen aus 2003 entstandene Fadenriss im Ausbau und Umbau des erneuerbaren Energie-Systems muss zwingend und schnell korrigiert werden.

